Schwerter Zeitung

Die „Schwerter Zeitung" erscheint täglich außer Feiertags. Bezugspreis monatlich 6.— Mk. bei der Post 6.— Mk., ohne Bestellgeld. Anzeigenpreise: Die 1 mm hohe, 35 mm breite Zeile 50 Pfg. Bei Wiederholungen entsprechender Nachlaß lt. Tarif. Jeder Rabatt gilt als Kassenrabatt und erlischt bei Konkursen, Zwangsvergleichen, gerichtlichen Klagen u. Nichtbeachten der gemachten Zahlungsbedingungen.

Verbunden mit: Schwerter Tageblatt und Anzeiger, Schwerter Volkszeitung, Schwerter Volksblatt

Amtliches Kreisblatt für den Kreis Hörde.

Westholsener Zeitung, Iserbecker Zeitung, Langscheder Zeitung, Holzwickeder Zeitung

Die „Schwerter Zeitung" gewährt ihren Abonnenten für jeden mit Tod endenden Unfall prompt ihren Hinterbliebenen 300 Mark Unfall.

Druck u. Verlag v. Carl Braus, Schwerte (Ruhr). Fernsprech-Anschluß Nummer 82. Telegramm-Adresse: Braus, Schwerte (Ruhr). Postscheckkonto Cöln 2172. Hannover 21674.

Erstes und ältestes Tagesorgan des Kreises. — Generalanzeiger für den Kreis Hörde.

Nr. 190 — Dienstag, den 16. August 1921. — 54. Jahrgang

Sanktionierung des Unrechts.

Bedingte Aufhebung nur der wirtschaftlichen „Sanktionen".

In der Schlußsitzung des Obersten Rates am Samstag nachmittag kam die Frage der „Sanktionen" mit zur Sprache. Obwohl England bisher für völlige Aufhebung der Sanktionen eingetreten war und deren Rechtlosigkeit anerkannt hatte, gab es doch zu Gunsten Frankreichs nach, die „Sanktionen" sind also, wie vorauszusehen war, als Schacherobjekt gegen Oberschlesien verwandt worden. In der oberschlesischen Frage konnte Briand nichts erreichen, also mußte er in der Frage der Sanktionen unter allen Umständen Frankreichs Standpunkt durchsetzen. Und England gab schließlich nach, weil es schließlich doch Interesse daran hat, daß Briand noch eine Zeitlang an der Spitze der französischen Regierung blieb.

Der französische Standpunkt, den Loucheur vertrat, ist der, daß Frankreich unter keinen Umständen auf die militärischen „Sanktionen", die Besetzung Düsseldorfs, Duisburgs und Ruhrorts, verzichten könne. In Anerkennung des „guten Willens", den die Reichsregierung bisher gezeigt habe, sei Frankreich aber bereit, auf die wirtschaftlichen Sanktionen zu verzichten (weil man deren Unhaltbarkeit und Schädlichkeit jetzt auch in Frankreich einsieht. D. Red.).

Lord Curzon vertrat die englische Forderung auf Aufhebung sämtlicher Sanktionen, die ihren Zweck erreicht hätten und mehr Schaden als Nutzen stifteten. Ihm trat Briand nochmals in längeren Ausführungen entgegen. Der Oberste Rat schloß sich schließlich den französischen Auffassungen an.

Ferner hatte der Oberste Rat die Frage der Kosten der Rheinlandbesatzung erörtert. Er beschloß die Einsetzung einer Kommission, die damit betraut werden soll, die Kosten des Unterhalts der verschiedenen verbündeten Truppen und aller angegliederten Dienste festzusetzen.

Schließlich wurde die bereits in der vorigen Sitzung angeschnittene Frage der Militärkontrollkommissionen in Deutschland erledigt, indem man beschloß, sie beizubehalten. Gemäß dem Vorschlag des Marschalls Foch wurde eine fortschreitende Verminderung ins Auge gefaßt. Als Sitz der Luftschiffahrtskommission wird von dem interalliierten militärischen Ausschuß Versailles bestimmt.

Nachdem zum Schluß die üblichen Versicherungen von der großen Einigkeit und den innigen Beziehungen der Alliierten untereinander, deren Aufrechterhaltung zum Besten des Weltfriedens unbedingt nötig sei, abgegeben worden waren und sogar eine diesbezügliche Entschließung angenommen worden war, war diese Konferenz des Obersten Rates beendet. Sie hat ein in jeder Beziehung für die Entente klägliches und blamables Ergebnis gehabt. Sie hat wiederum gezeigt, daß Deutschland von der Entente niemals Recht und Frieden erlangen wird.

—oOOo—

Die französischen „Treuhänder".

Wofür die Interalliierte Kommission das Geld der oberschlesischen Steuerzahler benutzt.

Zu Beginn des letzten Polenaufstandes hatten die polnischen Insurgenten bekanntlich 20 italienische Offiziere und Soldaten ermordet. Als Sühne hierfür hatte die italienische Regierung von der polnischen Regierung u. a. die sofortige Zahlung einer Entschädigung von 7 Millionen Lire gefordert. Diese Entschädigung ist aber, wie jetzt herausgekommen, nicht von der polnischen Regierung, sondern von der Interalliierten Kommission mit den Geldern der oberschlesischen Steuerzahler bezahlt worden, wie das folgende, von dem französischen Direktor des Finanzdepartements bei der Interalliierten Kommission unterschriebene, vom 20. Mai datierte Schriftstück beweist:

„An den Herrn Direktor der Bank für Handel und Industrie in Oppeln.

Ich habe die Regierungshauptkasse angewiesen, Ihnen durch die Reichsbankstelle hier die Summe von 24 Millionen Mark gutzuschreiben.

Ich bitte Sie, sofort 7 Millionen italienische Lire beschaffen und diesen Betrag für Rechnung der italienischen Staatskasse an die Bank von Italien in Rom überweisen zu wollen. Falls zur Durchführung dieser Zahlung die Eröffnung eines besonderen Kontos erforderlich sein sollte, so wäre dies getrennt von dem Konto der Interalliierten Regierungskommission zu führen.

Sollten nun die 24 Millionen Mark nicht hinreichend sein, so wird Ihnen der Restbetrag angewiesen werden, sobald die Höhe des Betrages zur Erfüllung der gedachten Zahlungen genau feststeht.

Hingegen wäre ein etwaiger Ueberschuß an die Regierungshauptkasse zurückzuüberweisen."

Die französische „Treuhänder"-Gesellschaft in Oberschlesien schämt sich also nicht, für die Erfüllung polnischer finanzieller Verpflichtungen die Gelder der oberschlesischen Steuerzahler zu verwenden, deren Verwaltung ihr zu treuen Händen übertragen worden ist. Ein weiterer Beweis, wie direkt schamlos, einseitig und parteiisch die Franzosen ihr Amt in Oberschlesien wahrnehmen. Natürlich geschah und geschehen alle diese Manipulationen in der Hoffnung, daß es gelingen wird, Oberschlesien den Polen zuzuschieben. Eine Schiebung sollte der anderen folgen. Durch diese unehrliche Rechnung wird den Franzosen aber hoffentlich bald ein dicker Strich gemacht.

—oOOo—

Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen.

Der Beschluß des Obersten Rates.

Paris, 13. August. Der Oberste Rat hat in seiner letzten Nachmittagssitzung beschlossen, die wirtschaftlichen Sanktionen unter der Reserve aufzuheben, daß Deutschland am 31. August seine Verpflichtungen erfüllt gemäß dem Ultimatum von London. Nach einer eindrucksvollen Rede von Ministerpräsident Briand ist beschlossen worden, augenblicklich die militärischen Sanktionen beizubehalten.

Paris, 13. August. Die Sitzung des Obersten Rates endete um 8,20 Uhr. Es wurde eine eingehende Debatte über die im Monat März gegen Deutschland verhängten Zwangsmaßnahmen geführt. Man beschloß, die militärischen Zwangsmaßnahmen vorläufig aufrecht zu erhalten. Briand gab aber das Versprechen, daß er für die nächste Sitzung des Obersten Rates den Antrag vorbereiten werde, auch diese Zwangsmaßnahmen aufzuheben. Die wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen wurden als erloschen erklärt. Nichtsdestoweniger wurde aber beschlossen, bei dem deutschen Bureau, welches die Einfuhrerlaubnis zu erteilen hat, eine alliierte Kontrolle einzusetzen, um zu überwachen, ob Deutschland die Neutralen bei der Erteilung von Einfuhrerlaubnissen nicht zu ungunsten der Alliierten bevorzuge. Zum Schluß der Tagung hielt Briand eine lange Rede, worin er feststellte, daß der Oberste Rat schwierige Augenblicke zu überwinden hatte. Aber es gelang, die Einigkeit aufrecht zu erhalten. Er schlug eine Tagesordnung vor, worin festgestellt wird, daß dieses Einvernehmen aufrecht erhalten blieb. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Lord Curzon erinnerte daran, daß der Oberste Rat in seiner gegenwärtigen Tagung die schwierigsten Fragen erörterte und wichtige Beschlüsse faßte. Bonomi führte aus, wenn es dem Obersten Rate gelungen sei, die schwere Krisis zu überwinden, welche sich im Laufe seiner Tagung gezeigt habe, so sei dadurch festgestellt, daß die Entente alle Stürme überdauern könne. Sodann wurde die Sitzung geschlossen.

Die Bedingungen für die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen.

Paris, 15. Aug. Der Havas-Agentur zufolge sind die Bedingungen, unter denen der Oberste Rat beschlossen hat, die wirtschaftlichen Bedingungen ab 15. September aufzuheben, folgende:

1. Am 31. August wird die eine Milliarde Goldmark von Deutschland völlig bezahlt werden.

2. wird ein interalliiertes Organ geschaffen zur Ueberwachung der Ausgabe von Einfuhrerlaubnissen für Waren, die nach den Rheinlanden gehen. Ferner wird eine Kommission in Koblenz das Ueberwachungsregime für das Inkrafttreten der oben genannten Maßnahmen ausarbeiten.

3. wird eine Kontrollkommission gebildet. — Bezüglich der in Deutschland bestehenden Kontrollkommissionen wurde beschlossen, sie beizubehalten. Gemäß dem Vorschlage des Marschalls Foch wurde eine fortschreitende Verminderung ins Auge gefaßt. Der Sitz der Luftschiffahrtskommission wird von dem interalliierten Militärausschuß in Versailles bestimmt.

Hochwichtige Entscheidung im Obersten Rat.

Paris, 13. August. Der „Temps" schreibt, die Finanzkonferenz, die gleichzeitig mit dem Obersten Rat in Paris tagte, habe gestern nachmittag anscheinend eine grundsätzliche Entscheidung von großer Wichtigkeit getroffen. Der Wert der Saarbergwerke solle Frankreich zur Last geschrieben werden, sodaß die französischen Besatzungskosten für das Rheinland damit mit einem Schlage als rückerstattet gelten. Daraus werde gefolgert, daß Frankreich mehr erhalten habe, als es für die Besatzung im Rheinland ausgegeben hat

Harding zögert die Friedensproklamation hinaus.

Chicago Tribune meldet aus Washington: 40 Tage sind bereits vergangen, seit Präsident Harding die Friedensresolution mit Deutschland unterzeichnet habe, aber es scheint noch keine Aussicht vorhanden zu sein, daß bald eine Friedensproklamation erfolgen werde. Bisher sind keinerlei offizielle Mitteilungen über die Verhandlungen zwischen Berlin und Washington gemacht worden. Dieser Zustand habe beim Senat Unruhe hervorgerufen, weil jene, die Informationen darüber zu erhalten wünschten, nicht Genugtuung erhielten. Die Regierung hat nicht einmal den republikanischen Senatoren etwas über die Verhandlungen mit Berlin mitgeteilt. Senator Lodge, der Präsident der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten, wurde von Senator Harrison lebhaft kritisiert, weil er sich einen Zustand gefallen lasse, vollkommen im Dunkel gehalten zu werden, während er seinerzeit Wilson angriff, weil dieser keine Mitteilungen über den erfolgten Abschluß des Versailler Vertrages machte. Lodge erwiderte, daß er nie Mitteilungen von Wilson verlangt habe, ehe der Versailler Vertrag abgeschlossen war. Senator Tompson erklärte hierauf, daß auch er versucht habe, von Senator Lodge Mitteilungen über die Fortschritte der Friedensverhandlungen mit Deutschland zu erhalten; doch habe Lodge erwidert, er wisse selbst nichts darüber. Der Senator erklärte, daß er der Regierung in keiner Weise feindlich gegenüberstehe, sondern sich nur zu orientieren und zu informieren wünsche. Auch drückte er den Wunsch aus, die amerikanischen Truppen möchten endlich aus Deutschland nach Hause zurückkehren.

—oOOo—

Die Kriegsbeschuldigten-Prozesse.

Ueber die Sitzung des Obersten Rates, welche sich mit der Frage der Kriegsbeschuldigten-Prozesse beschäftigte, berichtet „Havas": Der englische Generalstaatsanwalt erläuterte seine Eindrücke über die verschiedenen englischen Fälle und über die in Leipzig gefällten Urteile. Es gäbe drei Möglichkeiten: 1. man könne auch neue Fälle dem Leipziger Gericht vorlegen, 2. man könne auf den Friedensvertrag zurückgreifen u. die Auslieferung verlangen, 3. jeder könne in seinem Lande die deutschen Kriegsbeschuldigten in contumatiam verurteilen lassen. Außer in einem Falle hätten die Engländer keine Klage über den Leipziger Gerichtshof vorzubringen. Der belgische Außenminister erläuterte dann kurz, daß der einzige Fall, der von Belgien dem Leipziger Gericht unterbreitet wurde, der Fall Ramdohr, in Belgien große Erregung hervorgerufen habe. Die Berichte der belgischen Delegierten, die jenem Urteilsspruch beigewohnt hätten, lauteten außerordentlich ungünstig. Nach der Anklagerede des Staatsanwalts und der Zeugenvernehmung habe man allgemein eine Verurteilung erwarten können. Jaspar kritisierte scharf den Freispruch. Das belgische Parlament habe sich mit der Angelegenheit beschäftigt und beschlossen, den Fall Ramdohr dem Obersten Rat vorzulegen. Jaspar betonte, es sei notwendig, daß die Alliierten ihre Entscheidung in dieser Frage einstimmig treffen. Briand sprach über die von Frankreich dem Leipziger Gerichtshof unterbreiteten Fälle und schlug vor, der englische Generalstaatsanwalt und hohe französische, belgische und italienische Justizbeamte sollten die bisher abgeurteilten Fälle prüfen und dem Obersten Rat ihren Bericht vorlegen. Der Oberste Rat werde sich dann darüber aussprechen. Die betreffenden Beamten sollten gleichzeitig beauftragt werden, Anregungen über künftig einzuschlagende Haltungen zu geben. Inzwischen wird, wie Havas weiter berichtet, dem Leipziger Gerichtshof von den Alliierten kein weiterer Fall vorgelegt werden. Die Alliierten werden gegen die erfolgten Urteile keinen Protest erheben.

—oOOo—

Nordschleswig — die Brücke zum Norden.

Vor einiger Zeit haben in Kopenhagen Verhandlungen zwischen der deutschen und dänischen Regierung begonnen, die sich mit der Regelung der Fragen befassen, die aus der neuen deutsch-dänischen Grenze in Schleswig erwachsen sind, deren Bedeutung aber weit über den lokalen Bereich hinausgeht. Die Verhandlungen werden nach einer kurzen Sommerpause demnächst in ihr entscheidendes Stadium treten. Es ist daher erforderlich, daß die deutsche Oeffentlichkeit im klaren ist, um was es sich hierbei handelt, und daß sie das schleswigsche Problem in seiner ganzen Tragweite begreift.

Falls dieses Begreifen bisher nicht überall hinreichend vorhanden gewesen ist, so hat das nicht zuletzt seinen Grund in der Tatsache, daß am 14. März 1920, als Flensburg und die zweite Zone Schleswigs sich mit einer 80 prozentigen Mehrheit mit Deutschland zurückstimmten, gerade der Kapp-Putsch ausgebrochen war. Die erste Zone Schleswigs war mit 74 prozentiger Mehrheit zu Dänemark gekommen, die zweite blieb bei Deutschland,

soviel vermochten die Zeitungen zwischen Putsch und Generalstreik gerade zu buchen. Und so konnte vielleicht der falsche Glaube entstanden sein, daß nun im Norden alles in Ordnung ist.

Aber das ist nicht der Fall. In dem zu Dänemark geschlagenen Nordschleswig waren — ungerechnet durch das Pariser Abstimmungsreglement der Stimme überhaupt beraubten — über 25 000 abgegebene deutsche Stimmen durch das Mittel einer en-bloc-Abstimmung vergewaltigt worden. Die heute dänische Stadt Tondern, zusammen mit dem für den Verkehr nach Sylt unentbehrlichen Hoyer, hatte allein über 3000 deutsche Stimmen abgegeben gegen noch nicht 1000 dänische. Große geschlossene deutsche Minderheiten der gesamten ersten Zone waren somit ihres Selbstbestimmungsrechtes beraubt, ganz abgesehen von der wirtschaftlichen Unsinnigkeit, daß die neue Grenze z. B. durch die ganze Flensburger Föhrde bis an den Hafen und unmittelbar an die Stadtmauer dieser eigentlichen Hauptstadt Schleswigs heranläuft und hier Zusammenhänge zerreißt, die weder wirtschaftlich noch geographisch oder genau so wenig auch stammesgemäß hätten zerrissen werden dürfen. Denn die Schleswiger sind keine Dänen und sind es nie gewesen.

Seitdem ist nun ein Jahr vergangen, und die schlimmsten wirtschaftlichen Folgen der unsinnigen Grenze zu mildern, ist der eine Zweck der deutsch-dänischen Verhandlungen. Der andere aber gilt dem Schutze der deutschen Minderheit in dem zu Dänemark geschlagenen Teil des alten, seit tausend Jahren selbständigen Herzogtum. Die Deutschen in Nordschleswig kämpfen heute einen zähen Kampf um die Erhaltung ihrer alten Kultur, die sich dem Reichsdänentum niemals eingliedern wird. Denn nirgends ist die Sprache so wenig ein zuverlässiges Zeichen der Stammesart, wie in diesem Grenzland, und auch von denen, die unter dem Druck der Nachkriegszeit für Dänemark stimmten, haben unzählige längst begonnen, den schweren Irrtum zu bedauern, der sie die alten Bande der historischen Stammeszugehörigkeit vorübergehend vergessen ließ.

Deswegen erkennt das Deutschtum in Nordschleswig diese Abstimmung nicht an und wird nicht müde, die dänische Lüge zu widerlegen, daß die neue Grenze eine „Grenze des Rechtes" sei. Auch der deutsche Nordschleswiger will eine Verständigung mit dem Norden, denn er möchte den alten Bruderzwist beseitigen und weiß, daß nur über Nordschleswig die Brücke von Deutschland zu dem gesamten Skandinavien geht. Eine deutsch-skandinavische Verständigung um die Nordschleswiger herum und an ihnen vorbei ist völlig unmöglich. Und ob wir in Deutschland viel oder wenig von den Nordschleswigern wissen, es ändert nichts an der Tatsache, daß unserer Brüder dort oben den Kampf um ihr Recht, um das Recht einer wirklichen Selbstbestimmung, weiter kämpfen werden.

Wir in Deutschland können uns in diesen Kampf nicht einmischen. Wir würden die Stimme der Vergewaltigten nur abschwächen, wenn wir es täten. Aber eines verlangt der Nordschleswiger von uns: daß wir ihm helfen gegenüber der systematischen Ausweisungs- und Aufsaugungspolitik der Dänen seine deutsch-schleswigsche Kultur zu bewahren, und daß wir von dem dänischen Staate die vertragliche Anerkennung eines Minderheitsschutzes verlangen, die wir gleicherweise bereit sind, der dänischen Minderheit zu gewähren, die heute noch südlich der deutsch-dänischen Grenze lebt, aber hier in schärfster Weise, aus Reichsdänemark ermuntert, den nationalen Kampf immer weiter nach Süden zu tragen sucht.

Aber mit geistigen Waffen will es diesen Kampf führen, und Deutschland kann gewiß sein, daß die Waffen dieses geistigen Kampfes bei dem hochkultivierten Schleswigertum in guter Hand liegen, das sich, wie die Geschichte gezeigt hat, und heute erneut zeigt, gegen nichts so sehr auflehnt, als gegen ein brutales System behördlicher Verwaltungsmaßnahmen zur Umdeutung seiner Nationalität. Daher heißt die Parole der Schleswiger: Freiheitlicher, wirksamer Schutz der national-kulturellen Minderheiten beiderseits der Grenze auf Grund einer wirklich liberalen Abmachung zwischen den beiden Grenzstaaten. Würde das auf seine liberale Art so stolze Dänemark diese Forderung ablehnen, so würde es damit das Odium auf sich laden, die deutsch-skandinavische Verständigung zu hintertreiben, und seine moralische Isolierung im Verbande der skandinavischen Staaten würde die unausbleibliche Folge sein.

Deutschland ringt gegen einen maßlosen Chauvinismus an allen seinen Grenzen. Es wird in diesem Ringen nicht untergehen. Seine Verständigung mit dem skandinavischen Norden aber legt es getrost in die Hand der Schleswiger. Und daher ist ganz Deutschland an dem Schicksal Schleswigs beteiligt. Es geht um die Brücke zum Norden.

An die Landwirte!

Die Ablieferung der Getreideumlage.

Von der Regierung nahe stehender Seite wird geschrieben:

Das Verständnis für die Notwendigkeit, die für das Wirtschaftsjahr 1921/22 auferlegte Getreideumlage nach besten Kräften zu erfüllen, gewinnt in der Landwirtschaft, dank dem Wirklichkeitssinn eines großen Teiles der Landwirte, und der einmütigen Entschließung der landwirtschaftlichen Spitzenorganisationen, sich nach Erlaß des Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide auf den Boden des Gesetzes zu stellen und auf baldige Erfüllung der Umlagepflicht hinzuwirken, immer mehr Verbreitung. Die Ablieferungen auf die Umlage weisen daher, wie wir von dem Reichsernährungsministerium hören, in vielen Gebieten bereits erfreuliche Ergebnisse auf. In anderen Gebieten kommt jedoch die Ablieferung, auch wenn berücksichtigt wird, daß dort die Ernte zum Teil später beginnt, nur langsam in Gang. Es kann daher nicht genug betont werden, wie sehr es gerade im Interesse der Landwirte selbst liegt, ihre Umlage so schnell wie möglich zu erfüllen, da sie dann für den Rest des Wirtschaftsjahres in der Verfügung über den übrigen Teil ihrer Ernte völlig frei werden.

Nach dem Gesetz über die Regelung des Verkehrs mit Getreide vom 21. Juni fallen mit der Erfüllung der Umlage für den Landwirt mit Ausnahme des Verfütterungsverbotes für Brotgetreide alle Beschränkungen in seiner Wirtschaftsführung für Getreide fort. Es sollte daher jeder Landwirt dieses Ziel der völligen Befreiung von behördlicher Einwirkung und Ueberwachung möglichst schnell durch Ablieferung seines Umlagegetreides zu erreichen suchen und sich insbesondere auch nicht durch die augenblicklich hohen, für Weizen ungesund hohen Preise auf dem freien Markte verleiten lassen, etwa zu viel Getreide auf den Markt zu werfen und dadurch die Möglichkeit, seine Umlage zu erfüllen, zu gefährden. Die Haftung, die ihn in diesem Falle trifft, und die nach dem Gesetze unnachsichtlich in Anspruch genommen wird, würde nicht nur für ihn alle jetzt auf dem freien Markt erzielten Gewinne verschlingen, sondern darüber hinaus noch einen erheblichen geldlichen Verlust bedeuten.

Ein Beispiel möge dies erläutern: Der Landwirt wird heute für den Zentner Weizen vielleicht noch einen Preis von 225 Mark erzielen und zur Zeit des höchsten Standes etwa 245 Mark erzielt haben. Das macht für die Tonne 4500 Mark bzw. höchstens 4900 Mark, und bedeutet gegenüber dem Preise für Umlagegetreide mit 2300 Mk. je Tonne zwar eine augenblickliche Mehreinnahme von 2200 Mark bzw. 2700 Mk. Nach dem Gesetze hat der Landwirt aber, wenn er die Umlage nicht erfüllt, den Unterschied zwischen dem Umlagepreis für Weizen und dem Preise für ausländischen Weizen zuzüglich eines Zuschlags von ¼ dieses Unterschiedes als Haftsumme zu zahlen. Dieser Unterschied berechnet sich, wenn man die gegenwärtigen Preise von etwa 4450 Mk. für die Tonne ausländischen Weizen einsetzt, auf 2350 Mk. und mit dem Zuschlag von 25 Prozent auf etwa 2940 Mk. Der Landwirt erleidet hiernach einen Verlust von 340 Mk. bzw. 740 Mk. je Tonne nicht abgeliefertes Umlagegetreide, ein Verlust, der sich bei weiterem Rückgang der Preise für einheimisches Getreide oder bei Steigen der Weltmarktpreise oder Verschlechterung der deutschen Währung bis zur Fälligkeit der ersten Umlagerate im Oktober 1921 entsprechend erhöht.

Abgesehen von dem eigenen Interesse, das hiernach der Landwirt an der restlosen Erfüllung der Umlagepflicht hat, ist es auch eine vaterländische Pflicht der Landwirtschaft, das Reich durch Ablieferung des einheimischen Getreides vor der Notwendigkeit zu bewahren, aus dem Auslande noch mehr Getreide einzuführen und hierfür noch mehr fremde Zahlungsmittel zu beschaffen.

Die Vorgeschichte der neuen Steuern.

Wie verlautet, sind die jüngsten Veröffentlichungen über die neue Steuergesetzgebung auf die Initiative des Reichskanzlers zurückzuführen, der im außenpolitischen Interesse der Entente neue greifbare Beweise für den guten Willen der deutschen Reichsregierung geben wollte. Bei den letzten Verhandlungen zwischen der deutschen Regierung und der offiziösen Kommission der Entente wurde besonders seitens der Franzosen und Engländer der deutschen Regierung nahegelegt, in der deutschen Steuerfrage nunmehr statt der bisherigen problematischen Ankündigungen festumrissene Gesetzentwürfe zu unterbreiten. Damit die Entente feststellen könne, auf welche Erträgnisse die deutsche Regierung die Durchführung der Reparationszahlung zu stellen gedenke und daß der Mehrbedarf an Zahlungswerten nicht mehr auf dem Wege der Notenpresse, sondern durch die steuerliche Erfassung gedeckt werden solle. Besonders der englische Delegierte ließ die Vertreter der deutschen Regierung in keinem Zweifel darüber, daß eine sehr schwierige Situation geschaffen würde, wenn nicht eine stärkere Belastung des deutschen Konsums Platz greifen würde, und namentlich des Genußmittelverbrauchs, und mindestens im gleichen Maße, wie dieses durch die neue englische Steuer in England geschehen sei. In Würdigung dieser Mitteilung sah sich die deutsche Regierung veranlaßt, die getrennte Steuer und Mehrveranlagung der Ergebnisse des Branntweinsteuermonopols als in Aussicht zu nehmen. Selbst auf die Gefahr hin, dadurch den Konsum der großen Masse erheblich zu verteuern, um der Oeffentlichkeit in den Ententeländern die Argumente aus der Hand zu schlagen, daß im Vergleich der steuerlichen Belastung der alliierten Länder der deutsche Konsum zu wenig belastet sei.

Aus Stadt und Land.

Schwerte, 16. August 1921.

** **Jubelfest des katholischen Gesellenvereins.** Das Jubelfest hat mit einer am gestrigen Abend veranstalteten Familienfeier, zu der sich die Mitglieder und Ehrenmitglieder mit ihren Angehörigen zahlreich eingefunden hatten, seinen Abschluß gefunden. Wir wünschen dem Verein, daß er weiter wachsen, blühen und gedeihen möge. — Im Anschluß an unseren gestrigen Festbericht möchten wir noch bemerken, daß auch die Maler, Anstreicher und Photographen im Handwerkerzug vertreten waren. Bei der Ausgestaltung des imposanten Festzuges hat übrigens der der Gesamtverband der Innung tatkräftig mitgewirkt.

** **Die Freigabe der Getreideeinfuhr.** Die Entscheidung des Ernährungsministeriums in der Frage der Aufhebung der Einfuhrsperre für Brotgetreide ist schon heute nicht mehr zweifelhaft. Man darf erwarten, daß völlige Einfuhrfreiheit ausgesprochen wird, und daß auch keinerlei Einfuhrkontrolle, kein Erlaubnisscheinsystem bestehen bleiben wird. Dagegen wird — so meldet der „Tag" — die Mehleinfuhr überhaupt nicht freigegeben, weil man den Schutz der heimischen Müllereien im Auge hat. Die gewünschten Maßnahmen durch Stabilisierung der Mehlpreise und demnach Abwälzung des Valutarisikos auf die Konsumenten, dürfte die Regierung den Interessenten nicht liefern, und zwar um so weniger, als auch aus den Kreisen der Müllereien selber und den Kreisen des Getreidehandels sich dagegen Widerspruch erhebt. Uebrigens sind Anzeichen dafür vorhanden, daß auch ausländische Getreideverkäufer gerne den vertrauenswürdigen Privatunternehmungen monatliche Kredite bewilligen würden.

** **Der Ankauf von Gold für das Reich** durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 15. bis 20. August wie in der Vorwoche zum Preise von 340 Mk. für ein 20 Markstück, 170 Mk. für ein 10 Markstück. Für ein Kilogramm Feingold zahlt die Reichsbank 47 600 Mk. und für die ausländischen Goldmünzen entsprechende Preise.

** **Neue Fernsprechgebühren.** Vom 1. Oktober ab fällt die Unterscheidung zwischen Grund-, Ortspausch- und Bezirkspauschgebührenanschlüssen fort; es gibt alsdann nur noch eine einheitliche Anschlußart, für die eine Grund- und eine Ortsgesprächsgebühr zu entrichten ist. Die Grundgebühr für Anschlüsse an die Vermittlungsstelle in Schwerte beträgt jährlich 460 Mark. Für Ortsgespräche wird eine Gebühr von 25 Pfg. erhoben. Mindestens sind für jeden Hauptanschluß die Gebühren für 40 Ortsgespräche monatlich zu entrichten. Für ein Gespräch von drei Minuten Dauer im Bereich des gegenwärtigen Bezirksfernsprechnetzes im niederrheinisch-westfälischen Industriebezirk sind 75 Pfg. zu zahlen. Teilnehmer, die ihren Anschluß infolge der Gebührenerhöhung aufgeben wollen, müssen bis 1. September zum 30. September kündigen.

** **Die Gesamtkosten der Lebenshaltung.** Die Teuerungsstatistik des Deutschen Reiches berücksichtigt nur die notwendigsten Kosten für Lebensmittel, Wohnung und Heizung. Den Aufwand für die Kleidung haben dagegen auch die statistischen Aemter von Hannover, Schöneberg, Nürnberg und Kiel in Betracht gezogen. Setzt man die Kosten für Ernährung, Heizung, Beleuchtung, Miete und Bekleidung für das Jahr 1914 auf 100, so ergibt sich für Juni in Hannover ein Aufwand von 946, in Nürnberg 979, in Kiel 1027, in Schöneberg 1037. Im Januar d. Js. waren diese Zahlen 943, 874, 1017 und 1054. Sie fielen dann mit Schwankungen bis zum Mai auf 887, 909, 940 und 950.

** **Der Held des Tages** betitelt sich der gewaltige Sensationsfilm, welcher, vielseitigen Wünschen entsprechend, noch bis einschl. Donnerstag in den Lichtspielen „Zur Reichskrone" gezeigt wird. Die Hauptrolle spielt neben anderen hervorragenden Größen der bekannte Schwergewichtsboxmeister Hans Breitensträter. Als zweites läuft der sportlich sensationelle Film: Das Endspiel um die deutsche Fußball-Meisterschaft in Düsseldorf, welches am 12. Juni vor ca. 30 000 Zuschauern ausgeführt wurde. Für den lustigen Teil sorgt die Groteske: Pump und Langenbein, die Geschichte zweier sich immer in Geldnot befindlicher Studenten. Näheres siehe auch im Anzeigenteil.

** **Vermehrte Badegelegenheit.** Einem aus Frauenkreisen unserer Bürgerschaft an den Magistrat gerichteten Wunsche um vermehrte Badezeit Rechnung tragend, hat die Stadtverwaltung zu den bisherigen Badetagen Montag und Donnerstag noch den Vormittag des Mittwoch an der Badestelle in der Ruhr für den weiblichen Teil der Bevölkerung reserviert. Einem weiteren Wunsche weiter Kreise der Bürgerschaft, die Badestelle zu einem Familienbade auszubauen, kann vorläufig noch nicht entsprochen werden, da hier größere bauliche Veränderungen notwendig sind! außerdem geht auch die diesjährige Badezeit allmählig zu Ende.

** **Der Mieterschutzverein von Schwerte** hatte am Sonnabend abend für seine Ortsgruppe Westhofen eine öffentliche Mieterversammlung anberaumt. Ein Referat des Geschäftsführers unseres Vereins zeigte eine lebhafte Diskussion, in der besonders an der Tätigkeit des Bauvereins Westhofen Kritik geübt wurde, der bisher trotz bereits bewilligter Zuschüsse eine aktive Bautätigkeit noch nicht entfalten konnte. Die Hauptgründe liegen wohl zum Teil in bürokratischen Hemmungen, zum Teil in Schwierigkeiten bei Beschaffung geeigneten Baugeländes, da nur der Bau von wirklich schmucken, das Gesamtbild verschönernden Häuschen geplant ist. Wir erwarten, daß sich nunmehr die zuständigen Stellen dauernd mit der Sache befassen, damit die auch in Westhofen sehr schwierigen Wohnungsverhältnisse wenigstens etwas gemildert werden. — Den Versammlungsteilnehmern wurde nach Schluß noch eine angenehme Ueberraschung zuteil; sie konnten in dunkler Nacht das vom Turnverein Teutonia zu Ehren des Geburtstages des Turnvaters Jahn veranstaltete Flammenwerfen beobachten, womit ein prachtvolles Schauspiel geboten wurde.

** **Werkmeister-Bezirksverein Schwerte.** Am Sonntag, den 14. d. Mts., hielt der Werkmeister-Bezirksverein Schwerte des Deutschen Werkmeister-Verbandes seine Hauptversammlung an der Reitelmühle ab, in welcher der Halbjahresbericht des Verbandes zur Verhandlung stand. Aus ihm ist erwähnenswert, daß das Vermögen im letzten Jahre trotz ungeheurer Ausgaben für Unterstützungen weiter gewachsen ist. Es betrug am 30. Juni d. Js. rund 9 Millionen Mk. An Unterstützungen wurden im letzten Halbjahre bezahlt 2 022 232,75 Mk. Davon für: invalide Mitglieder 475 330 Mk., Witwen verstorbener Mitglieder 729 417,42 Mk., den Waisenfond 732,72 Mk., an stellenlose Mitglieder 470 051 Mk., an Streikunterstützung 227 410 Mk., Notlagen-Unterstützung 60 614 Mk., Rechtsschutz 57 852,61 Mk., sicher eine Leistung die kein anderer Verband der Angestellten aufzuweisen hat. Auch die Mitgliederzunahme ist in ständigem Wachstum begriffen und stieg im letzten halben Jahre auf 152 177. Der Verband unterhält neben diesen Einrichtungen auch eine Sterbekasse, deren Vermögen 17½ Millionen beträgt, eine Brandkasse, Sparbank und Bibliothek. Dazu hat der Verband jetzt auch ein Familien-Erholungsheim geschaffen, in welchem die Verbandskollegen für billiges Geld ihre Urlaubszeit zweckentsprechend verbringen können. Von den Unterstützungssummen entfallen auf Schwerte an invalide Mitglieder 940 Mk. und an Witwen verstorbener Mitglieder 1127,25 Mk. An der parteipolitischen und religiösen Neutralität hält der Verband streng fest und mischt sich nicht in den Streit der Parteien; er heißt jeden willkommen, der sich auf den Boden seiner Satzungen stellt und als ehrenwertes Mitglied seines Standes und Verbandes an der Hebung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Werkmeister mit arbeiten will, entsprechend seinem Wahlspruch: „Einer für alle und alle für einen!" Die von verschiedener Seite versuchte Zersplitterung der Geschlossenheit der Werkmeister ist es zu verdanken, daß auch der Bezirksverein Schwerte 8 Mitglieder im letzten Halbjahr verloren hat. Mit 97 Mitgliedern überragt er aber immerhin noch weit alle anderen Verbände der technischen Angestellten in Schwerte. Ein rühriger Vorstand sorgt dafür, daß er auch weiter für Schwerte und Umgegend die einzig maßgebende Vertretung der Werkmeisterinteressen ist.

** **Vereinstheater.** Der hiesige Theaterverein „Humor" errang auf einem Bühnenwettstreit in Ergste den dritten Vereinspreis, Frl. Elli Wagner den 2. Damenpreis und der Schüler Franz Filthaut den 3. Kinderpreis.

Aus den Provinzen.

Breckerfeld, 15. Aug. **Schwer vom Schicksal heimgesucht** wird die Familie Emde zu Brenscheid bei Breckerfeld. Jetzt ertrank der 17jährige Sohn Adolf beim Baden in einem Hammerteiche; der Vater des Verunglückten kam ebenfalls infolge Unglücksfalles zu Tode und ein Bruder fiel im letzten Kriege.

Warstein, 15. Aug. **Beim Wildern erschossen?** Im hiesigen Stadtwalde wurde der Fabrikarbeiter W. Canisius von dem Jagdaufseher Aßhoff erschossen. Ob C. gewildert und A. in Notwehr gehandelt, muß die Untersuchung ergeben.

Büren, 15. Aug. **Großfeuer** entstand in Leiberg in der Besitzung des Landwirts Sprenger, welches auf vier benachbarte Anwesen übersprang. Alle, fünf Gehöfte brannten vollständig nieder und mit ihnen ein großer Teil der eingebrachten Ernte.

Lüdenscheid, 15. Aug. **Ein Großfeuer** brach vorgestern abend in Wislade bei Station Noell aus. Ein Bauernhof brannte vollständig nieder. Trotzdem rechtzeitig Hilfe zur Stelle war, konnte nicht gelöscht werden, da es an Wasser mangelte. Eine in der Nähe befindliche Scheune konnte gerettet werden, dagegen sind fünf Kühe verbrannt. Die Möbel der Bewohner wurden zum Teil ins Freie geschafft. Die Ursache des Brandes ist unbekannt.

Krefeld, 15. Aug. **Frecher Raubüberfall.** Als die Kontoristin Maria Hahn vormittags für eine Maschinenfabrik 46 000 Mark bei einer Bank abgeholt hatte und die gesamten Postsachen mit sich führte, wurde sie auf der Hülser Landstraße von einem jungen Radfahrer, der sie in einen Chausseegraben stieß, beraubt. Er eignete sich eine Mappe, die das Geld und die Postsachen enthielt, an und fuhr damit davon. Er wurde von Radfahrern verfolgt, entkam aber.

Geseke, 15. Aug. **Attentat auf einen Zug.** In der Nacht zum Sonntag wurde auf den Eilzug Paderborn—Soest zwischen den Stationen Salzkotten und Geseke in der Nähe von Geseke ein Attentat versucht. Die Attentäter hatten die Laschen von den Schienen entfernt, die Schienen ge-

lockert und Schienen über das Geleise gelegt. Beim Herannahen des Zuges müssen die Attentäter, die vermutlich mit ihren Arbeiten eben fertig geworden waren, etwas überstürzt den Bahndamm verlassen haben, denn sie ließen eine Laterne zurück. Diese bemerkte der Lokomotivführer zwischen den Schienen und hielt sie für ein außergewöhnliches Signal. Er brachte deshalb schleunigst den Zug zum Halten, was unmittelbar vor der Attentatsstelle geschah, sodaß ein unberechenbares schweres Unheil verhütet wurde. Zugbeamte suchten sofort die Umgegend ab, doch konnten sie im nächtlichen Dunkel nichts von den Uebeltätern entdecken, die zunächst entkommen sind. In dem betreffenden Eilzuge sollen größere Geldsendungen vermutet worden sein, auf die es die Attentäter abgesehen hatten. Hoffentlich gelingt es, der gefährlichen Burschen recht bald habhaft zu werden.

Bayern gegen den Lebensmittelwucher.

Die bayerischen Staatsministerien für Justiz, Inneres, Landwirtschaft und Handel haben gemeinsam eine Bekanntmachung gegen den Lebensmittelwucher erlassen, worin es heißt: „Mit der Freigabe der Wirtschaft ist auf dem Freihandelsgebiet auch die Preisbildung grundsätzlich freigeworden. Eine behördliche Preisfestsetzung ist auf diesem Gebiete nicht mehr durchführbar. Die Preisbildung ist vielmehr wieder in der Hauptsache dem natürlichen Spiel der wirtschaftlichen Kräfte überlassen. Das Ziel ist aber, einen freien Markt sich entwickeln zu lassen. Dies bedeutet für eine Reihe wichtiger Lebensmittel und sonstiger Gegenstände des täglichen Bedarfs eine Preissteigerung, und zwar in Bayern verhältnismäßig in stärkerem Maße als anderswo, weil in Bayern die öffentliche Bewirtschaftung die Preise meist niedriger als in anderen Ländern gehalten hatte. Soweit die Preissteigerung dem sich frei auswirkenden Gesetze der freien Wirtschaft entspricht, muß sie als notwendige Folge der Aufhebung der Zwangswirtschaft hingenommen werden. Es läßt sich aber nicht verkennen, daß zum Teil auch künstliche Machenschaften die gegenwärtige wirtschaftliche Lage zum Schaden der Verbraucher auszunützen suchen. So kommt es vor, daß in Erwartung höherer Preise Warenvorräte, auf die der Verbraucher angewiesen ist, zurückgehalten werden oder daß gewissenlose Händler oder Warenbesitzer durch sinnloses Ueberbieten oder Ueberfordern die Preise künstlich in die Höhe treiben oder sich ungerechtfertigt zu bereichern suchen. Solche Mißbräuche oder Auswüchse der freien Wirtschaft können nicht scharf genug verurteilt werden, nicht nur wegen ihrer moralischen Verwerflichkeit, sondern auch wegen ihrer sozialen und staatspolitischen Folgen. Ihnen muß daher mit allem Nachdruck entgegengetreten werden. Die gesetzlichen Handhaben geben dazu neben den für einzelne Lebensmittel und Bedarfsgegenstände noch bestehenden landesrechtlichen Sonderbestimmungen die reichsrechtlichen Vorschriften.

[Ist das möglich?

Der Reichslandbund, die bekannte Organisation der Großagrarier, die den Bund der Landwirte in sich aufgenommen hat, versendet ein Rundschreiben an die ihm angeschlossenen Organisationen, worin er eine Mitteilung macht von den Plänen des Brandenburgischen Landbundes, zur Abwehr der neuen Steuerpläne der Reichsregierung in einen Lieferungsstreik einzutreten. Er fügt die zu diesem Zweck ergangenen Anweisungen zur Kenntnisnahme bei, mit dem Bemerken, daß alle im Rahmen der Gesetze liegenden Abwehrmaßnahmen erwogen werden müssen, darunter auch als Letztes der landwirtschaftliche Liefererstreik „gegen den Vernichtungswillen der Vollzugsorgane des feindlichen Auslandes", womit offenbar die Reichsregierung gemeint ist. Diese Anweisungen zum Lieferungsstreik sind ungefähr das Brutalste, was uns je vor Augen gekommen ist. Es heißt darin u. a.:

Der Streik erstreckt sich grundsätzlich auf alle landwirtschaftlichen Produkte. Am wirksamsten ist der Milchstreik, der vom ersten Tage restlos erzwungen werden muß. In jedem Kreise besteht eine Streikleitung aus vier Personen, in jedem Bezirk ein Streikausschuß aus zwei ortsangesessenen Landwirten, denen eine Kontrollkommission von vier handfesten energischen Männern beizugeben ist, welche die Durchführung erzwingen. In jedem Ort Streikobmann mit Streikpostentrupps, der die Durchführung kontrolliert und notwendigenfalls erzwingt. Jeder Kreis ist durch Streikposten abzusperren. Keinerlei landwirtschaftliche Erzeugnisse herauslassen. Bahnhof absperren gegen jede Lieferung aus Kreis. Zugkontrolle auf Durchgangsstationen. Wagen mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen erhalten Bewachung. Absperrung von Kornhäusern, Mühlen, Produktenlagern. Alle Städte im Kreis zunächst absperren, bis ihre Solidarität mit Landwirtschaft gesichert. Dann reichliche Belieferung an ein zuverlässiges Komitee in der Stadt. Wenn Landarbeiter Streik sabotieren. Zuweisung von Hilfe für Streikleitung. Soweit möglich, muß Besitzer in kritischer Zeit zwei Lohnarten flüssig halten. Bei längerer Streikdauer Lohnzahlung in Naturalien (reichlich). Vorteilhafte Abschlüsse bezw. Lieferungen, um den Landwirt für den während des Streikes entgangenen Verdienst zu entschädigen. Vorherige Aussprache einzelner durch Zwang verhindern."

Diese Anweisungen erhalten einen vollständigen Kriegsplan, um den Städten die Lebensmittelzufuhr abzuschneiden und dadurch die Regierung zu zwingen, die zur Erfüllung des Ultimatums notwendigen, den Großagrariern mißliebigen Steuerpläne aufzugeben. Die große Masse der Bevölkerung in Stadt und Land weiß jetzt, mit welchen Plänen sich die einseitig agrarisch organisierten Kreise tragen, um womöglich mit den Mitteln des Bürgerkrieges der gerechten Besteuerung zur Erfüllung des Ultimatums zu entgehen. Sie wird sich durch gemeine Drohungen ebenso wenig irre machen lassen, wie die Reichsregierung. Es wird aber notwendig sein, daß die Reichsregierung beizeiten den Widerstand, der ihr von dieser Seite entgegengestellt wird, erkennt und ihre Abwehrmaßnahmen dagegen trifft.

Neue Lohnforderungen überall.

Die Vertreter der 4. Bergarbeiterorgaisation haben in zweitägigen Verhandlungen mit dem Reichswirtschafts- bezw. Reichsarbeitsministerium die Frage des Lohnausgleichs im Bergbau beraten. Allgemein wurde anerkannt, daß hinsichtlich der eingetretenen Teuerung Maßnahmen seitens der Regierung getroffen werden müßten, um den Arbeitern einen Ausgleich für die Verteuerung der Lebensmittel usw. zu gewähren. Eine gleichmäßige Zulage für das ganze Deutsche Reich wurde verlangt. Der Ausschuß der Reichsarbeitsgemeinschaft tritt für den Bergbau am 19. August zusammen, um über die Lohnerhöhungsfrage zu beraten. Der Vorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft hat sich mit dieser Frage schon beschäftigt.

Die Kinofrage

war der Gegenstand eingehender Besprechung gelegentlich des Volkshochschullehrganges, der in Jena stattfand. An der Besprechung beteiligten sich Herren, die aus den verschiedensten Teilen von Deutschland gekommen waren, und auch einige Ausländer. Man war sich darüber klar, daß trotz der vielen Mißerfolge die Kinoreformsache erneut wieder in Angriff genommen werden müsse. Zunächst gab man seiner Enttäuschung darüber Ausdruck, daß das Kinogesetz vom 12. Mai 1920 nicht viel Erfolg gebracht habe. Man müsse auf eine schärfere Handhabung der Zensur, die in München und Berlin stattfinde, bedacht sein und mit derartigen Wünschen an die Behörde herangehen. Auf die Filmherstellung könne man erst dann Einfluß gewinnen, wenn man eine starke und umfassende Organisation von Filmverbrauchern geschaffen habe. Die bisherigen Versuche seien leider immer wieder mißlungen, weil zu wenig gut und fachmännisch geleitete Lichtspielhäuser als Leiher und Abnehmer guter Filme vorhanden gewesen seien. Dann müsse auch wieder ein internationaler Kongreß, wie er schon im August 1914 geplant, aber durch den Anfang des Krieges zunichte gemacht sei, vorbereitet werden. Außerdem wurde auch ein Kinolehrgang gefordert, wo nicht nur Vorträge über Kinofragen gehalten werden sollten, sondern vor allen Dingen auch zur geschickten und sicheren Bedienung des Kinoapparats angeleitet werden sollte. Die Besprechung fand im Anschluß einer Vorführung von Lehrfilmen statt, die Herr Dr. Hübschmann aus Jena leitete. Professor Sellmann aus Hagen wird beauftragt, weitere Schritte zu unternehmen, damit alle die wertvollen Anregungen Verwirklichung finden. Vor allen Dingen verspricht man sich von manchen Behörden und Gemeinden, und besonders auch von der Unterstützung des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht in Berlin sehr viel. Solange das Schundkino eine solche Ausbreitung hat, wie es heute tatsächlich der Fall ist, solange ist für wahre und echte Bildung kein Raum vorhanden. Aber es ist zu hoffen, daß die Kinoreformbewegung nun endlich energische Fortschritte macht, wenn alle Volksbildungsbestrebungen, alle Jugendringe und Jugendämter ebenfalls hilfreich zur Seite stehen, denn gerade hier gilt es: „Einigkeit macht stark."

Die Wunder des größten Fernrohres der Welt

Ein neues riesiges 100zölliges Fernrohr ist auf der Sternwarte des Mount Wilson in Kalifornien in einer Höhe von 5700 Fuß aufgestellt worden, und der Direktor des Observatoriums, G. E. Hale, der zugleich Professor der Astronomie an der Universität Chicago ist, berichtet uns über dies Instrument und die Wunder, die es offenbart. „Das Fernrohr", schreibt er, „ähnelt einem großen Marinegeschütz, das sich auf einem Drehturm mit einer Kuppel von 100 Fuß Durchmesser befindet. Das Glas, das für seinen größten Spiegel verwendet wurde, ist 13 Zoll dick und wiegt 4½ t. Die beweglichen Teile wiegen 100 t und werden durch einen mächtigen Uhrmechanismus in Bewegung gesetzt, der der Sonne und den Sternen folgt. 35 elektrische Motore dienen dazu, das Fernrohr in jeder beliebigen Geschwindigkeit nach jeder Seite des Himmels zu wenden, den Turm zu bewegen und die Plattform zu heben oder zu senken, auf der der Beobachter steht. Die Leistungssteigerung, die sich durch dieses 100zöllige Instrument gegen das früher auf dem Mount Wilson benutzte 60zöllige Fernrohr erzielen läßt, ist sehr deutlich. Theoretisch ist es 2,8 mal so stark wie das frühere Instrument und in der Praxis wird fast diese ganze Steigerung tatsächlich erreicht. Im Vergleich mit dem 60 Zoll-Fernrohr schätzt man, daß das 100 Zoll-Fernrohr einige 100 Millionen Sterne erreichen kann, die früher zu blaß erschienen, um mit dem kleinen Instrument photographiert zu werden. Wichtige Ergebnisse sind bereits mit diesem neuen Werkzeug der Himmelsbeobachtung erreicht worden. Die feinen Einzelheiten der Nebel jener wolkenartigen Substanzen weit außerhalb des Sonnensystems, sind mit dem großen Instrument viel besser festzustellen. Ebenso sind feinste Einzelheiten der Oberfläche des Mondes, die vorher noch nicht photographiert werden konnten, jetzt aufgenommen worden. Entfernungen zwischen Doppelsternen konnten trotz der ungeheuren Weite festgestellt werden. So ist der Doppelstern in der Capella-Constellation, der bisher den schärfsten Fernrohren als ein einziger Stern erschien, nun in zwei Körper zerbrochen, die sich in einer Periode von 104 Tagen in ihrer bestimmten Bahn bewegen. Die Eintfernung eines der entfernten Sterne im Orion, Beteigonze, ist mit etwa 160 Lichtjahren gemessen worden. Der Durchmesser dieses Sterns wird auf 215 Millionen Meilen oder mehr als das Doppelte der Entfernung zwischen der Sonne und der Erde. Mit dem neuen Riesenteleskop wird es möglich sein, Sterne und Nebel weit über die Grenzen zu beobachten, die uns bisher gesteckt waren."

Letzte Drahtmeldungen.

Eigener Depeschendienst.

Tll. Berlin, 16. Aug. An der letzten Börse in Newyork vom vorigen Sonnabend ist der Markkurs, der sich am Vortage auf etwa 1,21 (Schlußkurs) belaufen hatte, auf etwa 1,16½ zurückgegangen. Dieser neuerliche Sturz bringt den Markkurs in eine bedenkliche Nähe zu dem tiefsten Stand, den die Mark jemals in Amerika innegehabt hatte. Allem Anschein nach ist der fortschreitende Rückgang der Mark zu erheblichen Teilen auf die pessimistische Stimmung der inländischen Valutaspekulation zurückzuführen, die seit einiger Zeit kein starkes Gegengewicht mehr in den früher sehr erheblichen Meinungskäufen des Auslandes in deutscher Mark findet.

Tll. Königsberg, 16. Aug. Am Tage der Eröffnung der dritten Deutschen Ostmesse wurde in Königsberg von rechts- und linkspolitischer Seite demonstriert. Bei einer Veranstaltung der staatsbürgerlichen Arbeitsgemeinschaft hielt General Ludendorff, dem am Sonnabend die Studenten einen Fackelzug gebracht hatten, und der zum Ehrendoktor der Medizinischen Fakultät der Universität Königsberg ernannt worden war, eine Rede als Vertreter Hindenburgs, als Mitkämpfer von Tannenberg und als Vertreter des alten Heeres, dessen große Tugenden die Reichswehr und Marine in die neue Zeit hinübernehmen sollte. Er erinnerte daran, wie der Feind vor sieben Jahren in Ostpreußen geschlagen wurde, ein Feind, von dem auch er hofft, daß er nach Ansicht der beiden Völker und nach dem Willen Gottes nie wieder unser Feind sein wird. Auch er gedachte dann Oberschlesiens und der Abschnürung des von Polen umbrandeten Ostpreußen. Dann betonte Ludendorff: Ich zweifle nicht daran, daß im Kampf um die Ostmark das Schicksal unseres Vaterlandes früher oder später entschieden wird. Solange wir uns selbst zerfleischen, schlagen wir den Lehren von Tannenberg ins Gesicht. Je größer die Not des Vaterlandes, desto enger schließen wir uns um das schwarz-weiß-rote Banner zusammen. Stolz bekennen wir uns zu unserem geliebten Preußen. Wir sind Preußen und wollen Preußen bleiben. — Auf demselben Platz wurde zuvor eine Massendemonstration gegen den Krieg abgehalten. Zu Zwischenfällen kam es nicht.

München, 16. Aug. (Tll.) Am Freitag nachmittag stürzte ein von Leipzig nach München gehendes Postflugzeug in der Nähe von Erding bei einem Gewittersturm aus 50 Meter Höhe ab. Dabei wurden der Flugzeugführer Fritz Emmerich aus Saarbrücken und die beiden Leipziger Passagiere, das Kaufmannsehepaar Röhm, getötet.

Tll. Basel, 16. August Der Beschluß des Obersten Rates, die Entscheidung in der oberschlesischen Frage dem Völkerbund zu übertragen, wird in der Schweiz mit Staunen aufgenommen. Die Basler Nachrichten finden es erstaunlich, daß Deutschland seinerzeit in der Reparationsfrage und in der Frage der Sanktionen sich nicht an den Völkerbund habe wenden dürfen. Jetzt, da der Oberste Rat die Verantwortung für ein schäbiges Kompromiß nicht übernehmen wolle, werde der Völkerbundsrat mit dem Schiedsrichteramt betraut, aber weder Deutschland noch Polen könnten eine auf diese Weise zustandegekommene vertragswidrige Entscheidung über Oberschlesien, wenn sie ihnen nicht passe, respektieren.

Tll. Paris, 16 August. Ueber die in Aussicht genommene Tagung des Völkerbundrates stehen noch immer keine näheren Einzelheiten fest. Baron Ishi hat sich mit den Mitgliedern telegraphisch in Verbindung gesetzt und kann keinen Beschluß fassen, bevor ihre Antworten eingegangen sind. Es ist jedoch unter den gegenwärtigen Umständen zweifelhaft, ob die Sitzung, die, wie zuerst gesagt wurde, zwischen dem 20. und 25. August zusammentreten sollte, tatsächlich dann stattfindet. Auch über den Ort der Tagung ist noch immer nichts genaues bekannt. Die einen nehmen Paris an, während die anderen Genf als voraussichtlichen Tagungsort bezeichnen.

Tll. London, 16. Aug. Aus dem gestern abend veröffentlichten Bericht über die irischen Verhandlungen geht hervor, daß die englische Regierung Irland als Dominion mit völliger Autonomie anerkennen will. Mit diesem Angebot sind jedoch eine Menge Bedingungen verbunden: unter anderem soll die englische Marine die Kontrolle über die Meere um Irland haben, während Irland einen Teil zu den Kosten der britischen Land- und Seemacht beitragen muß und ebenso zu den Kriegsschulden. In seiner Antwort hierauf teilte De Valera der englischen Regierung mit, daß das Sinnfeiner-Parlament diese Vorschläge nicht annehmen könne. In den Vorschlägen wird das Selbstbestimmungsrecht Irlands anerkannt und in den beigefügten Bedingungen das Princip wieder zurückgenommen. Die Antwort De Valeras legt das Recht Irlands auf Unabhängigkeit fest. Irland will genau wie die freien Staaten Europas sein Unabhängigkeitsrecht auf sein moralisches Recht basieren. Lloyd George erklärte in seiner Antwort vom 13. August, daß die britische Regierung Irland das Recht, sich vom britischen Reiche zu trennen, nicht zuerkennt. Wiederholt wird De Valera eingeladen, nochmals über die Vorschläge der englischen Regierung zu beraten.

Madrid, 16. Aug. Das neue spanische Kabinett setzt sich wie folgt zusammen: Vorsitz: Maura, Auswärtiges: Hontova, Finanzen: Cambo, Marine: Decortyna, Krieg: La Cierva, Oeffentliche Arbeiten: Maetzu, Unterricht: Sylio, Inneres: Docolle de Portugal, Arbeit: Matod, Justiz: Rodriguez. Die neuen Minister werden heute vereidigt werden.

Madrid, 16. Aug. Arruit ist von den Kabylen genommen. General Navarro, der spanische Kommandierende, geriet in maurische Hände. Der Platzkommandant von Melilla erhielt einen Brief, den General Navarro aus dem Hause eines Häuptlings geschrieben hat, in das er sich nach der Einnahme von Arruit durch die Aufständischen geflüchtet hat.

Tll. Madrid, 16. Aug. Die militärischen Operationen in Melilla können nach der Meinung der dortigen Generale nicht vor dem 1. September beginnen. Anfang September wird die spanische Besatzungsarmee sich auf 25 000 Mann belaufen, ohne die Artillerie-, Kavallerie- und Genietruppen. Andererseits wird gemeldet, daß Abdwel Wrier an der Spitze von 10 000 Rebellen auf dem Berg Melilla lagert. Vier Bergwerke in Enis sind von den Rebellen vollständig zerstört worden. Es fielen ihnen dabei große Mengen von Patronen und Dynamit in die Hände. Von dem Bergwerk Oizeu, der Bergwerksgesellschaft Rill gehörig, schleppten die Rebellen 1500 Kilogramm Dynamit weg.

Berliner Börsenkurse

vom 15. August 1921

mitgeteilt vom Barmer Bank-Verein, Schwerte

5 % Deutsche Reichsanleihe	—
Barmer Bank-Verein	167½
Deutsche Bank	308½
Diskonto	262½
Dresdner Bank	215
Hamb.-Amer.-Pak.	178
Allgem. Elektr.-Ges.	369½
Baroper Walzwerk	—
Bochumer Guß	635
Bösperde Walzwerk	950
Daimler Motoren	255
Deutsch-Luxemburg	499
Deutsche Kaliwerke	444½
Dynamit	363
Elberf. Farbw.	—
Essener Steinkohlen	521
Gelsenkirch. Bergw.	524
Harpener Bergw.	738
Hoesch	—
Humboldt Masch.	405½
Mannesmann	810
Oberschles. Eisenb.-Bed.	418
Orenstein & Koppel	690
Phönix Bergbau	1083
Reisholz Pap.	439½
Rhein. Stahlwerke	705
Rombacher	492
Schuckert	332½
Siegen-Solingen	385
Ver. Dt. Nickelwerke	780
Westf. Draht-Ind.	380
Westf. Eisen, Langendreer	485

Für die Redaktion verantwortlich: Friedr. Kraus, Druck und Verlag: Carl Braus, beide in Schwerte.

Läuse Schwaben Flöhe Holzwurm Wanzen
beseitigen Sie in ½ Stunde nur mit Eskolda (v. Fachm. hergest.) 100 000 sind zufriedengestellt. Ueber den Erfolg werden Sie staunen.
Verlangen Sie nur Eskolda Fabr. Eskolda-Werke, Essen. Zu haben in

Der große Pickel
und der kleine Pickel
machen den Damen viel Sorge, aber sie können schnell und gründlich beseitigt werden durch Waschungen mit Aok-Seesand-Mandelkleie. Blumenzarte, jugendfrische Gesichtshaut, rosigen, klaren Teint durch die gesundheitsfördernde Aok-Seesand-Mandelkleie. Ueberall erhältlich.

Achtung! **Achtung!**

Von heute bis Samstag, den 20. August, findet beim Gastwirt Milberg (Westf. Hof), Bahnhofstr. 34, ein großer Verkauf von

Emaille- und Zinkwaren

zu staunend billigen Preisen statt. Extra schwere westf. Ware in weiß und braun! Keiner versäume die günstige Gelegenheit!

Es ladet ein:

Wanderlager „Westfalia"

Bernhard Lerley. 4865

Carl Kühl FABRIK-NIEDERLAGE für Eckstein Salem Karmitt Zigaretten sowie der echten Oldenkott-Tabake

---

Lichtspiele zur Reichskrone

Auf vielseitigen Wunsch verlängert bis einschliesslich Donnerstag!

Die fabelhafte Sensation!

Der Held des Tages!

7 Riesen-Akte! Der deutsche Schwergewichts Boxmeister Hans Breitensträter in der Hauptrolle — Sport, Liebesabenteuer, größte Variete-Attraktionen, wildbewegte Romantik unübertreffl. Sportsensationen, internationale Kämpfe u. a. ist kurz der Inhalt dieses gewaltigen 7 aktigen Sensationsfilms.

Das Endspiel um die deutsche Fussballmeisterschaft in Düsseldorf!

(12. Juni ds. Js. vor ca. 30 000 Zuschauern.)

3 sportlich sensationelle Akte.

Pump u. Langenbein

Eine Groteske in 5 Akten. 4680

Goldwaren und Schmucksachen

Moderne Colliers, Medaillons, Anhänger in jeder Art. **Damenringe und Herrenringe** in den modernsten Formen, **Broschen und Ohrgehänge, Armbänder, Kreuze, Vorstecknadeln, Damen- und Herren-Uhrketten** in 10 verschiedenen Qualitäten. **Brillant-Ringe, Brillant-Broschen, Brillant-Ohrgehänge etc.**

Sehr grosse Auswahl. Billige Preise.

A. Eick & Comp.

Balkenstrasse 35—37 DORTMUND Balkenstrasse 36—38

Mutterberatungsstelle

Holzen 4678

Mittwoch, den 17. Aug.

nachm 3 Uhr

Holzen, Schulstraße.

Ein junges, braves

Mädchen

sofort gesucht für Haus- u. Landwirtschaft. (Haushalt 2 Personen). 4683

Carl Sieper, Kalthof

Aelteres, erfahrene, tüchtig

Stütze oder Wirtschaftsfräulein

bewandert im Kochen, Einmachen und Nähen für bald gesucht. Lohn über 200 M. Familienanschl. auf Wunsch. Nur schriftl. Offerten unter „Stütze" befördert die Geschäftsstelle d. Bl. 4670

Anständiger Herr sucht

möbeliertes Zimmer

für sofort.

Gefl. Angeb. unt. H 4679 an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Zukunft!

Staunend wahre Deutung üb. Glück, Reichtum, Eheleben u. Charakter wird n. Astrologie (Sterndeutung) berechnet. Nur Geburtsdaten und Schrifteinsend. Kein Schwindel, streng wissenschaftlich.

Thews, Hannover,

4516 Ulanenstr. 3.

Tisch, Regale, Bücherschrank, Schreibtisch

zu kaufen gesucht 4687

Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Bl.

Tüchtige Näherin

für neue und alte Wäsche sucht

Frau Braus

Große Marktstraße 3.

Ein sechs Monate alter

deutscher

Schäferhund

(Stubenrein) zu verkaufen

Zu erfragen in der Geschäftsstelle unter 4675.

Schwarzer 4677

Teckel

abhanden gekommen.

Fritz Eckey

Wirtschaft „Zum Tunnel"

Junge Hühner

verkauft Wilhelm Sasse

Westhofen. 4671

---

7 Wochenferkel

hat abzugeben

Niederschulte.

4681 Overborge.

Einige junge

Hähne und 2 Gänse

zu verkaufen. 4684

Osthellweg 42.

Warnung!

Ich warne hiermit jedermann meinen Acker am Ebberg zu betreten, da ich Fußangeln und Selbstschüsse gelegt habe.

Friedrich Schmitz

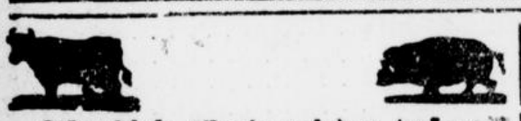
Holzen

Kaufe dauernd

Schlachtgeflügel

J. Ulmer,

Burgwittsch. Hohensyburg.



Für diese Woche wieder prima Rindfleisch und Schweinefleisch

Schweinefleisch	Pfd. 12,00 u. 13,00	Mk.
Rollschinken	„ 14,00	„
Lenden u. durchwachsenen Speck	Pfd. 13,00	„
Leberwurst	Pfd. 8,00	„
Blutwurst	„ 8,00	„
Fleischwurst	„ 10,00	„
Mettwurst	Pfd. 12,00 u. 14,00	„

Johann Artini, Mährstr. 5.

4687

Achtung! **Achtung!**

Erklärung!

Auf den von der V. K. P. Ortsgruppe Schwerte verteilten Flugblättern werden die Betriebsratsmitglieder Bürger und Brune aufgefordert, sich gegen den Angriff Kramer zu rechtfertigen.

Wir erklären hierzu folgendes: Wir sind den politischen Parteien keine Rechenschaft als Betriebsratsmitglieder schuldig, sondern nur der organisierten Arbeiterschaft des Nickel-Werkes. Wir sind bereit, in einer Belegschaftsversammlung Rede und Antwort zu stehen. Den Besuch der politischen Versammlung lehnen wir ab.

Bürger

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Brune

Gewerkverein Deutscher Metallarbeiter (H. D).

---

2 Scheuerfrauen,

welche rohes Tannenholz mit Sand zu scheuern verstehen, sofort gesucht 4669

Zu erfr. i. d. Geschäftsst.

Ein schwarz-buntes 4676

Rind

wurde mir gegen ein grau-buntes vertauscht.

wegen Erstattung der Unkosten wieder einzutauschen.

Eblenkamp Wandhofen.

Ehrliches größeres Schulmädchen oder Knabe

für leichte Arbeiten sofort gesucht. Hoh. Lohn u. Kost.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Bl. 4668

Reißbretter

Zeichen-Utensilien

Mal- und

Zeichen-Kästen

Reißzeuge

Winkel o Schienen

stets preiswert

CARL BRAUS

SCHWERTE

Große Marktstraße 3/5

Anordnung

betreffend die Herstellung, den Verbrauch und Verkehr mit Backwaren und Mehl, soweit sie der öffentlichen Bewirtschaftung unterliegen, für den Landkreis Hörde.

Auf Grund des § 31 des Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide vom 21. Juni 1921 (R. G. Bl. S. 757) wird für den Landkreis folgendes angeordnet:

§ 1.

Ab 14. 8. 1921 dürfen für die Abgabe auf Brotscheine nur noch folgende Backwaren hergestellt und veräußert werden:

a) Graubrot mit einem Verkaufsgewicht von 3 oder 6 Pfund,
b) Cassseler Brot oder Stuten mit einem Verkaufsgewicht von 3 oder 6 Pfund,
c) Schwarzbrot mit einem Verkaufsgewicht von 3 oder 6 Pfund,
d) Zwieback.

Krankenbrot wird nicht mehr hergestellt.

§ 2.

Das Verkaufsgewicht muß bei Einheitsbroten 24 Stunden nach der Fertigstellung vorhanden sein. Bei der Herstellung der unter a bis c im § 1 genannten Backwaren wird eine Fehlergrenze von höchstens 2,4 % nachgelassen. Der Hersteller macht sich strafbar, wenn bei Nachprüfung mehrere 6pfündige Brote ein Mindergewicht von mehr als je 72 Gr., mehrere 3pfündige Brote je ein solches von mehr als 36 Gramm aufweisen, sofern nicht gleichzeitig von ihm bei anderen Broten ein Ausgleich durch Mehrgewicht nachgewiesen wird.

§ 3.

Für die Herstellung der im § 1 genannten Backwaren dürfen nur folgende Mehle verwandt werden:

(Zu a bis b) Roggen-Weizen-Gerstenmehl
(Zu c) Roggenschrot
(Zu d) Weizenauszugmehl, Butter und Zucker.

Die Verwendung jeglicher Art von Streckmehlen zur Herstellung von Backwaren, die auf Brotkarten abgegeben werden, ist verboten und strafbar.

Gerstenmehl muß je nach Zuteilung bis zur Höchstgrenze von 15 % mit verarbeitet werden.

§ 4.

Die Entnahme von Brot und Mehl auf Marken darf nur auf Grund von Brotscheinen erfolgen, die vom Kreisausschuß des Landkreises Hörde ausgegeben sind. Den vom Kreisausschuß des Landkreises Hörde ausgegebenen Brotscheinen stehen die in Stadt- und Landkreisen des Regierungsbezirkes Arnsberg, sowie die Reichsreisebrotmarken gleich, sofern nicht einzelne Kommunalverbände die Freizügigkeit ihrer Brotscheine aufgehoben bezw. beschränkt haben. Mehlmarken (Brotmarke d jeder Woche) anderer Kommunalverbände werden im Landkreise Hörde nicht beliefert.

§ 5.

Jeder Einwohner, der nicht Selbstversorger ist, erhält wöchentlich 4 Brotscheine. Die Brotscheine jeder Woche berechtigen zum Bezuge:

Brotschein a = 1000 Gramm Brot
Brotschein b = 500 Gramm Brot
Brotschein c = 250 Gramm Brot
Brotschein d = 125 Gramm Mehl

§ 6

Für die Ausgabe von SS, F und K-Marken, sowie Ue-Marken für 16stündige Wechselschichten verbleibt es bei der bisherigen Regelung. Vorläufig werden diese Marken bis zum 15. 9. 21. in der bisherigen Weise weiter verausgabt. Weitere Bestimmungen werden rechtzeitig veröffentlicht.

§ 7.

Die Entnahme von Zwieback ist nur den Inhabern eines ärztl. Ausweises zum Bezuge von Zwieback gestattet. An Zwieback wird wöchentlich verabfolgt: 400 Gramm auf Brotmarke b unter gleichzeitiger Abgabe von zwei Zwiebackmarken, 200 Gramm auf Brotmarke c unter gleichzeitiger Abgabe von einer Zwiebackmarke.

§ 8.

Schwerstarbeiter- (SS), und Ueberschichten- (Ue) Marken sind ohne Stempel des Arbeitgebers ungültig.

§ 9.

Zum Bezuge von Brotscheinen ist nur berechtigt, wer im Landkreis Hörde seinen dauernden Aufenthalt polizeilich angemeldet hat und nicht Selbstversorger ist.

Die einzelnen Brotscheine sind nicht übertragbar. Auch jeder andere Erwerb und jede andere Abgabe von Brotscheinen, die in Stadt- und Landkreisen des Regierungsbezirks Arnsberg ausgegeben sind, ist untersagt.

Beim Wegzuge sind vor der polizeilichen Abmeldung sämtliche Brotscheine bei dem zuständigen Lebensmittelamt abzugeben. Dieses erteilt hierüber einen Lebensmittelabmeldeschein gemäß der Bundesratsverordnung vom 24. 10. 1918 (R. G. Bl. S. 1263), der bei der polizeilichen Anmeldung am Zuzugsorte vorzulegen ist.

Für die Brotversorgung bei vorübergehender Anwesenheit im Kreise und bei Abwesenheit außerhalb des Regierungsbezirks Arnsberg gelten die Bestimmungen über den Verkehr mit Reichsreisebrotmarken.

§ 10.

Bei der Entnahme von Brot und Mehl hat der Inhaber die Brotscheine vorzulegen. Der Veräußerer hat die Scheine, die der veräußerten Gewichtsmenge entsprechen, sorgfältig einzuziehen. Für die Befolgung dieser Vorschrift haften neben dem Veräußerer Angestellte oder sonstige Personen, deren er sich zur Veräußerung bedient.

§ 11.

Jeder Brotschein gilt nur für die durch Aufdruck bezeichnete Kalenderwoche; jedoch darf die Einlösung schon am Sonnabend der vorhergehenden und noch am Sonntag und Montag der folgenden Woche erfolgen.

§ 12.

Die Veräußerer von Brot oder Mehl haben die eingegangenen Brotscheine, getrennt nach Stadt- und Landkreisen des Regierungsbezirks Arnsberg zu sammeln und so aufzubewahren, daß ein Verlust durch Diebstahl u. s. w. nicht stattfinden kann. In Verlust geratene Brotscheine werden unter keinen Umständen ersetzt.

§ 13.

Die jede Woche eingegangenen Brotscheine, getrennt nach Kreisen, sind an das Kreiswirtschaftsamt in Hörde, Kreishaus, mit einer Nachweisung einzureichen, welche die Gesamtzahl der Brotscheine nach Kreisen geordnet enthält. Die Anzahl der Brotscheine in einem Bündel soll regelmäßig einem Doppelzentner Mehl entsprechen.

§ 14.

Betriebe, die gewerbsmäßig Mehl verarbeiten oder veräußern, erhalten für je

525 Brotmarken a 250 Gramm
350 Brotmarken K
210 Brotmarken SS
785 Mehlmarken

je einen Doppelzentner Mehl.

Scheine, welche ein mehr als 14 Tage zurückliegendes Datum haben sind ungültig und wird Mehl hierauf nicht vergütet.

§ 15.

Zuwiderhandlungen gegen vorstehende Anordnung werden gemäß § 49 Ziffer 5 des eingangs erwähnten Gesetzes mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu fünfzigtausend Mark oder mit einer dieser Strafen, sofern nicht nach anderen Vorschriften eine schwerere Strafe verwirkt ist, bestraft.

Hörde, den 10. August 1921

Der Kreisausschuß des Landkreises Hörde.

Bekanntmachung.

Die Gewerbesteuerrollen der Gemeinden des Amtes Westhofen für das Steuerjahr 1921 liegen vom 16. August ab 14 Tage lang im hiesigen Amtsbüro Zimmer Nr. 2. zur Einsichtnahme der Steuerpflichtigen offen.

Westhofen, den 8. August 1921.

Der Amtmann.

J. V.: Hohenschwert, Beigeordneter.

Für die 4883

Vertretung

in Altena

und Umgebung

wird geeignete Persönlichkeit mit guten Beziehungen gesucht von

Weinbergbesitzer

Peter Bettermann

Weinkellereien

Bingen a. Rh. Hagen i. W.

Verreist

Dr. Stöber

Spezialarzt für Ohren-, Nasen- und Halsleiden

Hörde.

Große Auktion in der Grüne!

Freitag, den 19. August, nachmittags 2 Uhr anf., werde ich im Saale der Frau Ww. Berkhoff zu **Grüne** (unterhalb Stat. Dechenhöhle) folgende gebr., aber gut erhaltene Sachen, im ganzen oder einzeln:

1 Wohnzimmer: 1 Sofa, Sofatisch mit Decke, 2 gepolsterte Sessel mit Fußbänkchen, 1 Vertikow, 1 Spiegel mit Konsole und Marmorplatte 1 Bücherschrank, 1 Büchereiagere, Salontischchen, 3 nußb. Stühle, Nippsachen, 1 elektr. 3 armiger Kronleuchter. **1 Herrenzimmer:** 1 Schreibtisch mit Aufsatz und Sessel 1 Ausziehtisch, 3 Stühle, 1 Sofa, 1 Bücherschrank, 1 Büchereiagere. Ferner: 1 Waschkonsole mit Marmor, 1 Nachtkonsole, 1 zweitür. Kleiderschrank (Kirschbaum) 1 Spiegel, 1 kleines Tischchen, 1 Aktenschränkchen, 1 Zeitungsständer, Blumenständer, 1 Inhalierapparat, Fensterkissen, elektr. Zuglampe, 1 gr. Dauerbrandofen m. grünen Kacheln, (amerik. System) und sonstige Gegenstände —

wegen gleich bare Zahlung versteigern. Die Sachen sind aus einem besseren Haushalt und können 2 Std. vorher besichtigt werden. 4626

Oestrich bei Lelmathe, den 16. August 1921.

Karl Liesenhoff, Auktionator.





...Briefbogen, ge-
...Preisnotierungsformular
...Nachweisung
...der Briefbogen
...Anzahl der
...gelmäßig einen

...Zahl verarbeiten
...Kamm

...Tage zurückdie
...und wird Wahl

...bestehende Anord-
...des eingangs
...fünfzigtausend
...m. sofern nicht
...Strafe des

...Kreises Hörde.

...Gemeinden des
...hre 1921 liegen
...ung im hiesigen
...Einsichtnahme der

...Hig
...a
4883

...Grüne!
...Huntitage 2 Uhr
...Wm. Berkhoff zu
...) folgende gute, ...
...gen oder eingeti-
...: 1 Waschkommode
...Sofa. 1 Bilder-
...mit Auflag und
...Bilder-
...nützlich
...Tischchen, 3 nutzb
...weniger Kronenleuchter
...tischchen, 1 Bilder-
...Decke, 1 Vertikom,
...Spiegel, 1 Bilder-
...Tischchen, 1 Bilder-
...Tischchen, 1 Bilder-
...Tischchen

genießen hatten. Ich hatte den anscheinend von meiner eigenen Hand herrührenden Brief gelesen, und ich hatte aus dem Mund eines Dienstmädchens, zu dem sich meine Frau über ihre Wahrnehmungen geäußert hatte, von dem Benehmen der diebischen Gesellschafterin erfahren. Da wurde es mir nicht mehr schwer, den Zusammenhang der Dinge zu begreifen. Und von jenem Tage erst lernte ich an mir selber kennen, was es heißt, einen Menschen aus tiefstem Herzensgrunde, mit leidenschaftlicher Inbrunst, bis zum Wahnsinn hassen."

Erschöpft von der langen Erzählung hielt er für einen Augenblick inne. Hardeck, der ihm in tiefer Bewegung zugehört hatte, konnte sich nicht enthalten zu fragen:

„Und trotz dieses Hasses, der so wohl begreiflich war, taten Sie nichts, um jene Verworfene zur Rechenschaft zu ziehen?"

„Sie war unmittelbar nach dem Tode meiner Frau und nach der stummen Begegnung im Sterbezimmer aus dem Hause verschwunden und niemand wußte, wohin sie sich gewendet. — Ich hätte sie ja als eine Diebin verfolgen lassen können. Aber wer weiß, ob man sie deshalb hätte betreten können. Denn es gab ja keinen anderen Beweis für ihre Schuld, als die Erzählung meiner Frau, die von den auf ewig verstummten Lippen nicht einmal hätte bestätigt werden können. Und selbst wenn man sie deswegen auf kurze Zeit ins Gefängnis gesperrt hätte, glauben Sie, daß dies eine Rache gewesen wäre, wie meine nach Vergeltung dürstende Seele sie verlangte? Nein, ihre Strafe mußte eine andere, furchtbarere sein und ich zermarterte unablässig mein Gehirn, um eine solche für sie zu ersinnen."

„Und darüber ließen Sie die Schuldige entwischen."

Ein unheimliches Lächeln ging über Gravenhorsts bleiches Antlitz, und als es verschwand, blieb ein unheimlich harter, grausamer Zug darauf zurück.

„Es mag sein, daß ein anderer an meiner Stelle anders gehandelt hätte," sagte er langsam. „Mich aber getröstete die Gewißheit, daß Gottes Mühlen langsam, aber sicher mahlen und daß sie der Nemesis nicht entfliehen würde, auch wenn sie eine Zuflucht an den äußersten Grenzen der bewohnten Erde suchte. — Diese Gewißheit, meine Herren, habe ich noch heute. Meine Zeit wird kommen und meine Rache wird der Größe ihres Verbrechens angemessen sein."

Hardeck erwiderte nichts mehr. Der Mann hatte in diesem Augenblick ein Aussehen, das ihm fast ein Grauen einflößte. Fürwahr, bei ihm würde die Mörderin seines Weibes, wenn sie jemals in seine Hände geliefert wurde, so wenig auf Erbarmen und Mitleid zu hoffen haben, wie wenn sie sich in den Klauen eines Tigers befände.

„Haben Sie jenen gefälschten Brief vernichtet?" fragte Fernau, der nicht ein Wort der Erzählung verloren hatte. „Oder befindet er sich noch immer in Ihrem Besitz?"

„Er ist hier im Hause," lautete Gravenhorsts Erwiderung. „Und wenn Sie es interessiert, ihn zu sehen, mögen Sie sich mit eigenen Augen von der verhängnisvollen Geschicklichkeit dieses unseligen Weibes überzeugen."

Der Schriftsteller bat lebhaft, ihm das Blatt zu zeigen, und Gravenhorst führte sie in ein anderes Gemach, das ehedem wohl sein Studierzimmer gewesen war. Er zog einen Schlüsselbund aus der Tasche und öffnete einen in die Wand eingelassenen Schrank, dessen Fächer mit allerlei Papieren angefüllt schienen. Aus dem vorbergensten dieser Fächer nahm er zwei Blätter, die er Fernau überreichte.

„Dieses hier ist der gefälschte Brief — und dies eine von mir gefertigte Abschrift, die Ihnen besser als alle Versicherungen beweisen wird, daß nie eine Handschrift mit mehr Virtuosität nachgeahmt worden ist, als hier die meinige. — Wahrhaftig, ich habe kein Recht, meinem armen Weibe zu grämen, weil es an die Echtheit des verruchten Schriftstücks glaubte, das ihr da in die Hand gespielt worden war."

Fernau begann die beiden Blätter miteinander zu vergleichen, aber es schien seltsamerweise schon nach Verlauf der ersten halben Minute nicht so sehr ihr handschriftlicher Inhalt als der dem gefälschten Dokument anhaftende eigentümliche feine und süße Duft zu sein, der sein Interesse erregte.

Er führte das Blatt wiederholt dicht an die Nase, um diesen Duft einzusaugen. Und dann sagte er plötzlich:

„Wollen Sie mir diesen Brief auf vierundzwanzig Stunden anvertrauen, Herr Gravenhorst? Ich glaube eine Entdeckung gemacht zu haben, über die, wie ich hoffe, gewissen Leuten für immer das Lachen vergehen soll."

17. Kapitel.

Die Gräfin Asta Leoni hatte eine ihrer glänzendsten Abendgesellschaften gegeben. Bis gegen den Morgen hin waren die Räume ihres Palais erfüllt gewesen von zahlreichen Kavalieren, ordengeschmückten Herren in Frack und zahlreichen Offizieren; von Damen in langnachschleppenden, seidenrauschenden Kleidern, deren Brillantschmuck oft ein geradezu fürstliches Vermögen repräsentierte.

Nun war anscheinend auch der letzte ihrer Gäste gegangen. In den vorderen Salons löschten die Diener die Kerzen aus; tot und still lagen die Räume, in denen noch vor wenig mehr als einer Viertelstunde fröhliches Lachen, Scherzen und Geplauder getönt hatte.

Nach dem Garten hinaus lag ein kleiner Rokoko-Salon, der vielleicht eines der elegantest und kostbarst eingerichteten Gemächer im Hause der Gräfin war. Jedes der zierlichen, reich vergoldeten Möbel war ein altes, wertvolles Stück; Könige hatten einst auf den graziösen und zerbrechlich aussehenden Stühlen gesessen, darauf sich jetzt, nach dem Aufbruch der anderen, eine glänzende Gesellschaft niedergelassen hatte. Da saßen einige von den Damen, die vorhin in den vorderen Salons der Mittelpunkt eines Kreises eleganter junger Herren gewesen waren. Neben einem reichen Finanzmann hatte es sich ein hochgewachsener, stattlicher Offizier in glänzender Uniform bequem gemacht; nicht weit von ihm saß ein weißhaariger, hochangesehener Diplomat neben einem blutjungen Doktor der Rechte — und alle diese Leute schienen durch irgend etwas in leidenschaftliche Erregung versetzt zu sein. Der Diplomat, der Offizier und der Finanzmann freilich hatten ihre Mienen viel zu gut in der Gewalt, als daß sich das in den Zügen ihres Gesichts ausgeprägt hätte. Aber sie konnten dem Feuer ihrer Augen nicht gebieten; und ein aufmerksamer Beobachter hätte es wohl wahrnehmen können, wie die Hände des Hauptmanns zitterten, die die Karten hielten.

Denn nicht ein hoher Kunstgenuß oder ähnliches war es, was die Gesellschaft in einen Rausch der Leidenschaft versetzt hatte. Sie spielten; und das Fallen der Karten, das Klingen des Goldes und das leise Knistern der Kassenscheine waren die einzigen Laute, die man hier vernehmen konnte.

Neben dem Direktor Böhlau, der die Bank hielt, saß die Gräfin Asta Leoni. Sie schien allein von allen von der Leidenschaft des Spiels gänzlich unberührt. Das gewohnte liebenswürdige Lächeln war auf ihrem Gesicht, und sie verlor mit einer Grazie, die ihren Nachbarn zu höchster Bewunderung hinriß. Keiner von diesen Leuten ahnte es sicherlich, daß der Hundertmarkschein, den die schöne Frau soeben auf den Tisch legte, das Letzte war, was sie im Besitz hatte.

Einen Augenblick später war auch er verspielt, ohne daß die Gräfin Leoni die geringste Erregung gezeigt hätte. Niemand konnte es wahrnehmen, daß sie unter der Schminke ein ganz klein wenig erblaßte. Lächelnd wandte sie sich an den Direktor Böhlau:

„Sie sind wohl so liebenswürdig, mir mit einigen tausend Mark auszuhelfen. Ich habe gerade kein Geld zur Hand, und ich möchte nicht erst den Diener wecken, um mir etwas holen zu lassen."

Der Finanzmann, von dessen Vermögen die abenteuerlichsten Gerüchte umliefen, verbeugte sich artig und schob seiner Nachbarin zwei Tausendmarkscheine zu.

„Ich habe leider nicht mehr bei mir," sagte er höflich. „Aber vermutlich wird Ihnen einer von den Herren aushelfen können, Frau Gräfin, wenn es nicht genügen sollte."

(Fortsetzung folgt.)

Denkspruch.

Eben ganz leichtsinnige und der Besserung unfähige Menschen lassen sich oft am lebhaftesten an, bekennen ihre Fehler mit großer Freudigkeit und bezeugen sie, ob sie gleich nicht die mindeste Kraft in sich haben, von dem Wege zurückzutreten, auf den eine übermütige Natur sie hinreißt.

Goethe.

Goethe als Wetterprophet.

(Aus bisher unbekannten Briefen Goethes und Karl Augusts.)

(Nachdruck verboten.)

„Gott lasse mich einige Klarheit in dieser verworrenen Wissenschaft noch erleben!" Dieser Stoßseufzer, der sich auf die Meteorologie bezieht, findet sich in einem längeren Schreiben des Großherzogs Karl August an den in Marienbad weilenden Freund Goethe vom 26. August 1821. Aus anderen Briefen und sonstigen Quellen wissen wir, mit welch wissenschaftlicher Gründlichkeit Karl August sich um die Wetterkunde bemühte, und daß diese die Lieblingsbeschäftigung seiner letzten Lebensjahre war. So richtete er in Schönbrunn bei Weimar ein eigenes „Observatorium" ein, welche Goethe 1817 eine „Instruktion für den Meteorologen des Ettersberges" ausarbeitete, mehrere wissenschaftliche Anstalten in Weimar und Jena mußten über die täglichen Barometerstände Kurvenbücher führen, um daraus den mittleren Durchschnitt zu bestimmen, ja die Witterungsbeobachtungen Schrons, des Direktors der Jenaer Sternwarte, wurden sogar auf Regierungskosten in den „Meteorologischen Annalen" gedruckt, ein recht kostspieliges Unternehmen. So ist es nur natürlich, daß in den Gesprächen und Briefen zwischen dem Großherzog und Goethe viel vom Wetter die Rede war.

Sehr interessante Beiträge dazu, die jetzt zum erstenmal gedruckt werden, bringt der bei E. S. Mittler und Sohn in Berlin erschienene dritte Band der Gesamtausgabe des „Briefwechsels des Großherzogs Karl August mit Goethe", mit dem das von Hans Wahl bearbeitete Werk nun seinen Abschluß findet. Auch dieser Band bringt wieder eine beträchtliche Anzahl aus den Archiven erstmalig ans Licht gezogener Billette und Briefe der beiden großen Freunde, darunter manche, die sich eingehend mit der Ergründung der Wetterkunde befassen. Auf eine Anfrage des Großherzogs vom 10. Oktober 1821: „Was sagen Ew. Hochgelahrtheit von dem sehr niedrigen Stande des Barometers, welches seit vorigen Mittwoch nachmittags sich eingestellt hat, bis alhero sich erhalt und sogar zunimmt; dabey den hohen Thermometerstand bey Tag und Nacht und dabey die schöne Witterung?" antwortet Goethe mit einer ausführlichen Abhandlung, die er mit folgendem Schreiben abgehen ließ: „Ew. Königl. Hoheit vorjetzbenden, bescheiden übersendend, bemerke nur noch, daß die Elasticität der Luft, welche vermehrt oder vermindert das Barometer steigen oder fallen macht, als eine Ursache anzusehen ist, deren Wirkung erst in einiger Zeit nachfolgt, und man bemerken kann, daß etwa auf 24 Stunden die Witterung vorher verkündigt werde. Diese Tage her unmöllte sich der Himmel nach und nach, das Barometer ist weiter gesunken, nun tritt der Regen ein; wär' es gestiegen, so hätte sich in eben dem Maße der Himmel aufgeklärt. Alle unsere Wetterprophezeiung gilt also nur in einem sehr engen Kreise."

In der für den Großherzog diktierten Ausarbeitung heißt es: „Der Auflösung des Problems, welches Ew. K. H. vorlegen, könnte man sich vielleicht auf folgende Weise nähern: Wir pflegen bey feuchten und unfreundlichen Sommermonaten uns gewöhnlich mit dem Herbst zu trösten; auch gibt die Erfahrung, daß wir im September und Oktober die meisten, wo nicht schönen, doch regenlosen Tage haben. Schreiben wir nun dem Barometerstand, wie billig, auf die Witterung einen constanten Einfluß zu, so scheint es wunderbar, daß, obgleich in gedachten Monaten der Barometerstand wie in den übrigen unter und über der Mittellinie sich bewegt, die Witterung jedoch nicht genau hiernach bestimmt werde. Nun ist nach vielfacher Erfahrung anzunehmen, daß ein hoher Barometerstand die Wasserbildung verhindere, ein niederer hingegen begünstige. Das Agens also, was das Quecksilber steigen und sinken macht, hat in den verschiedenen Jahreszeiten ein verschiedenes Verhältnis zu der Atmosphäre."

Nach einer näheren Erläuterung der verschiedenen Einwirkungen der Atmosphäre auf den Barometerstand fährt Goethe fort: „Steht das Barometer hoch, so ist die Luft alsobald rein, steht es tief, so gehen die Wolken nicht gleich in Regen über; sie ziehen vorbey, es zeigen sich abwechselnd freundliche Sonnenblicke, und eine belebende Wärme, die mit dem niederen Barometerstand sich verträgt, kann sich verbreiten. Bey allem diesen ist aber vorzüglich zu bemerken, daß durchaus der Westwind herrscht und ungeformte Wolken den Himmel mehr oder weniger überdeckend nach Osten ziehen. Steigt das Barometer, so ist der Nordwestwind oder Ostwind unverzüglich da, und wer im Freien lebt, hat schöne Tage, die sich an vergangene, mäßig heitere und doch immer genießbare Stunden anschließen."

Man sieht daraus, wie der immer noch viel zu wenig gewürdigte Naturforscher Goethe mit liebevollem Eifer alle Vorgänge in der Natur beobachtete. Karl August stand ihm hierin nicht nach, auch er war mit heißem Bemühen bei der Sache, wie ein Brief vom 27. Januar 1825 deutlich beweist, in dem er Goethe einige Beobachtungen über die Einwirkungen auf das Barometer mitteilt, die „von mehrerley Art seyn können, aber immer das fast selbige Resultat liefern". Goethe hat sich darauf „die Erlaubnis aus, mein Glaubensbekenntnis bescheiden vorzulegen und die Art, wie ich das Problem für sich zu lösen trachte, in einer sinnigen Folge darzustellen". Dies sein Glaubensbekenntnis wuchs sich aus zu seinem „Versuch über die Witterungslehre", die erst nach seinem Tode gedruckt wurde.

E. K.

Luftdruck.

„Es tut mir leid, liebe Johanna", sagte der Rentner und Hausbesitzer Arnold Klenicke zu seiner Frau, als er vor einigen Tagen des Abends zwei Stunden später als gewöhnlich nach Hause kam und sich gemächlich am Familientisch niederließ. „Ich bin nämlich in einem naturwissenschaftlichen Vortrage gewesen. Herr Schillmann war verhindert und fragte mich heute nachmittag, ob ich vielleicht sein Billett benutzen wollte. Und da mich der Gegenstand sehr interessierte, habe ich sein liebenswürdiges Anerbieten mit Dank angenommen. Ich wollte dich noch telephonisch benachrichtigen, habe aber im letzten Augenblicke ganz vergessen. Du bist deshalb doch nicht ungehalten?"

„Ganz und gar nicht, lieber Arnold", antwortete Frau Klenicke. „Du weißt doch, ich gönne dir sehr gerne solche kleine Zerstreuung. Worüber handelte der Vortrag denn?"

„Es war ein Vortrag des Professors Holzspalter über die Atmosphäre. Würdest du es wohl für möglich halten? Der Vortragende behauptete, die atmosphärische Luft wäre so schwer, daß ihr Gewicht eine Belastung von fünfzehn Pfund auf jeden Quadratzoll unseres Körpers ausübt. Kannst du dir das vorstellen?"

„Das hätte ich allerdings nicht gedacht", bemerkte seine Frau nachdenklich. „Ganz wunderbar! Es ist sehr interessant, solche Sachen zu wissen. Dadurch wird manche unerklärliche Erscheinung im Leben verständlich. Meinst du nicht auch?"

„Natürlich", bestätigte Klenicke und beglückwünschte sich im stillen, daß seine Entschuldigung Glauben gefunden hatte und sein spätes Nachhausekommen keine weiteren Unannehmlichkeiten für ihn im Gefolge haben würde.